

Antrag 3/I/2023**Abteilung Tempelhof und Jusos****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einführung eines Stromsozialtarifs bei der Berliner Stromgrundversorgung und eines Berliner Energiegeldes**

1 Wir fordern, dass die Berliner Stromgrundver-
 2 sorgungsunternehmen einen sozialen Strom-
 3 tarif mit reduziertem Preis für einkommens-
 4 schwache Haushalte in Berlin anbieten müs-
 5 sen. Berechtigte Personen können dann die-
 6 sen günstigeren Vertrag mit dem Grundver-
 7 sorgungsunternehmen abschließen, anstelle
 8 des normalen Stromtarifs. Der Preis des Sozi-
 9 altarifs soll vom Senat festgelegt werden und
 10 deutlich unter den Preisen der Grundversor-
 11 gung liegen, um eine Entlastung der einkom-
 12 mensschwachen Haushalte in Berlin zu ge-
 13 währleisten. Ein ähnliches Angebot muss es
 14 auch für Auszubildende und Studierende ge-
 15 ben, die ein niedriges Einkommen haben. Die
 16 zusätzlichen Kosten der Grundversorgungs-
 17 unternehmen, die durch das Angebot des So-
 18 zialtarifs entstehen, sollen durch den Haus-
 19 halt des Landes Berlins gedeckt werden.

20

21 Begründung

22

23 Die extrem gestiegenen Energiepreise im
 24 letzten Jahr haben das Thema Energiearm-
 25 mut in den Fokus gerückt. Rund ein Fünftel
 26 der Haushalte in Deutschland geben mitt-
 27 lерweile über 10% des Haushaltsnettoein-
 28 kommens für Energie aus und sind dadurch
 29 akut von Energiearmut bedroht. Zwar sind
 30 die Gas- und Strompreise in den letzten Wo-
 31 chen wieder etwas gefallen, jedoch liegen
 32 sie immer noch deutlich über dem langjäh-
 33 rigen Trend. Es ist davon auszugehen, dass
 34 die Energiepreise noch in den nächsten Jah-
 35 ren erhöht bleiben. Dadurch werden auch in
 36 den nächsten Jahren einkommensschwache
 37 Haushalte besonders von den hohen Ener-
 38 giepreisen betroffen sein. Auch die Gas- und
 39 Strompreisbremse helfen hier nur bedingt,
 40 da sie die Gas- und Stromkosten in vielen
 41 Fällen auf ein doppeltes Preisniveau fixie-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der Antragskommis-
sion (Kein Konsens)****Einführung eines Stromsozialtarifs bei der
Berliner Stromversorgung**

Wir fordern, dass in Berlin ein sozialer
 Stromtarif mit reduziertem Preis für ein-
 kommenschwache Haushalte eingeführt
 werden muss. Berechtigte Personen sollten
 diesen günstigeren Vertrag dann mit einem
 Stromversorgungsunternehmen anstelle des
 normalen Stromtarifs abschließen können.
 Der Preis des Sozialtarifs soll vom Senat
 festgelegt werden und deutlich unter den
 Preisen der Grundversorgung liegen, um
 eine Entlastung der einkommenschwa-
 chen Haushalte in Berlin zu gewährleisten.
 Ein ähnliches Angebot muss es auch für
 Auszubildende und Studierende geben,
 die ein niedriges Einkommen haben. Die
 zusätzlichen Kosten der Stromversorgungs-
 unternehmen, die durch das Angebot des
 Sozialtarifs entstehen, sollen durch den
 Haushalt des Landes Berlins gedeckt werden.

42 ren. Einsparpotenziale sind bei einkommens-
43 schwachen Haushalten auch selten vorhan-
44 den. Daher bedarf es einer zusätzlichen Ent-
45 lastung von einkommensschwachen Haus-
46 halten in den kommenden Jahren. Außerhalb
47 von Deutschland hat sich dabei das Instru-
48 ment der sozialen Energietarife bewahrt, bei
49 denen Sozialleistungsempfänger*innen En-
50 ergietarife zu staatlich subventionierten Prei-
51 sen erhalten. In Deutschland gibt es dies
52 bisher nicht. Zwar wird ein Teil der En-
53 ergiekosten bei Bürgergeldempfänger*innen
54 bereits übernommen, jedoch betrifft dies
55 nur die Heizkosten. Für Stromkosten gibt
56 es dahingegen keine Regelung. Bürgergeld-
57 empfänger*innen können lediglich bei hohen
58 Stromschulden und dem drohenden Verlust
59 der Wohnung eine Beihilfe bekommen. Da
60 nicht absehbar ist, dass das Bürgergeld zeit-
61 nah wieder angepasst wird, um auch Strom-
62 kosten zu übernehmen, sollte Berlin hier
63 selbst tätig werden und einkommensschwa-
64 che Haushalte entlasten. Zusätzlich gera-
65 ten auch immer mehr mittlere Einkommens-
66 schichten durch die gestiegenen Energieprei-
67 se unter Druck. Soziale Stromtarife können
68 auch hier helfen. Durch einen sozialen Tarif
69 beim örtlichen Grundversorgungsunterneh-
70 men werden Verbraucher*innen auch zusätz-
71 lich vor Insolvenzen und Vertragsmissbrauch
72 von Dritten Stromanbieter*innen geschützt.
73 Daher sollten die Preise des sozialen Strom-
74 tarifs nicht kurzfristig angepasst werden. Ei-
75 ne Prüfung der Berechtigung für den sozia-
76 len Stromtarif könnte durch die Sozialämter
77 oder die Jobcenter erfolgen. Wer als berech-
78 tigte Person gilt, sollte vom Senat festgelegt
79 werden.

80